

**Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M.: S. Fischer 2005, 445 S., ISBN 3-10-000420-5, EUR 22,90**

Rezensiert von:

Frank Bajohr

Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg

## **Die Beraubung der Juden**

Seit rund 20 Jahren hat Götz Aly immer wieder Debatten angestoßen, eingeschliffene Sichtweisen in Frage gestellt, prononcierte Thesen lanciert und die historische Forschung zum Nationalsozialismus gleichermaßen befruchtet wie herausgefordert. Seine Publikationen fußen einerseits fast immer auf einer beachtlichen empirischen Basis, sind jedoch andererseits durch eine extrem zugespitzte Verdichtung auf zumeist ein zentrales Argument gekennzeichnet. Auf der Suche nach einer steilen, aber gleichwohl wichtigen und anregenden These wird der Leser bei Aly selten enttäuscht. Eine abgewogene, ausbalancierte Darstellung sucht man bei ihm indes vergeblich.

In dieser Ambivalenz bewegt sich auch das Buch "Hitlers Volksstaat", das im Folgenden im Hinblick auf die Darstellung der antijüdischen Enteignungspolitik näher betrachtet werden soll: Es besitzt einen ungemein verdienstvollen empirischen Kern, nämlich die Kapitel II und III, in denen die Enteignung der Juden in den verschiedenen europäischen Ländern und die deutsche Besatzungspolitik in ihren jeweiligen Zusammenhängen quellennah und dicht herausgearbeitet werden. Sie sind freilich in einen problematischen argumentativen Gesamtkontext eingebettet, der zudem im ersten und letzten Kapitel oft nur impressionistisch-eklektisch unterfüttert ist.

Diese Probleme zeigen sich exemplarisch im ersten Teilkapitel zur antijüdischen Enteignungspolitik, das den missverständlichen Titel "Arisierung für den Krieg" trägt. Missverständlich insofern, als "Arisierung" historisch wie im gegenwärtigen Sprachgebrauch der Historiker einen Besitztransfer zwischen "Juden" und "Ariern" bezeichnet (e), den Aly freilich vollständig ignoriert. Er setzt "Arisierung" kurzerhand mit der seit 1933 durch Steuern und Zwangsabgaben, seit 1938 zunehmend durch Sicherung und Konfiszierung forcierten staatlichen Enteignungspolitik gleich. Zwar weist er völlig zu Recht darauf hin, dass der NS-Staat aus der Existenzvernichtung der Juden den größten Nutzen zog, doch rechtfertigt dies nicht seine vollständige Ignoranz gegenüber der "Arisierung" im klassischen Sinne. Einschlägige Werke der historischen Arisierungsforschung - darunter Avraham Barkais "Vom Boykott zur 'Entjudung'", wie Alys Bücher im S. Fischer Verlag

erschienen, tauchen nicht einmal im Literaturverzeichnis auf. Und so erfährt der Leser nichts über den Verkauf jüdischer Unternehmen - in der Regel deutlich unterhalb des Marktwertes -, nichts über die "Arisierung" von Grundstücken, nichts über die zigtausendfache Liquidierung jüdischer Unternehmen seit 1938/39, die den Konkurrenzdruck für den "arischen" gewerblichen Mittelstand massiv reduzierte. Nutznießer dieses Prozesses war freilich in erster Linie das mittlere und gehobene Bürgertum, was Alys Desinteresse an der "Arisierung" als Besitztransfer einigermaßen plausibel macht, denn diese hätte sich nicht in seine Grundthese vom "Volksstaat" eingefügt, der in erster Linie auf die Interessen der "kleinen Leute" Rücksicht genommen habe. Was seiner Generalthese widerspricht, wird kurzerhand ausgeblendet.

Die forcierte staatliche Enteignungspolitik - eingeleitet durch die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 - verknüpft Aly kausal unmittelbar mit den wachsenden Problemen des überschuldeten Reichsfinanzhaushaltes. Auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, dass die eingenommenen Milliarden durch die antijüdische Enteignungspolitik einen warmen Regen für die ausgedörrte Staatskasse bedeuteten, so ist diese Kausalbeziehung doch quellenmäßig nicht zu belegen. Tatsächlich verweist die historische Genese der April-Verordnung auf einen anderen Zusammenhang: Auf die Ereignisse in Wien im März 1938, als sich ein anarchisch-pogromähnlicher Antisemitismus "von unten" auf den Straßen der Stadt austobte, in dessen Gefolge unter anderem rund 25.000 selbst ernannte "Kommissare" jüdische Unternehmen besetzten und sich an ihnen zu bereichern suchten. Wie ein warnendes Menetekel zeichnete sich hier ein gänzlich anderes Muster der antijüdischen Enteignung ab, nämlich eine unkontrollierbare Verschleuderung jüdischer Vermögen unter NS-Anhängern, bei der der Staat leer auszugehen drohte. Demgegenüber sollte die April-Verordnung diesen staatlichen Sicherungsanspruch markieren und durchsetzen.

Alys Reduktion dieses komplexen Zusammenhanges ist für seine Sicht der antijüdischen Enteignungspolitik wie der NS-Judenpolitik symptomatisch und wirft mindestens drei gravierende Probleme auf:

1. Seit langem hat die historische Forschung das Zusammenspiel zwischen antijüdischen Aktionen "von unten" und staatlicher Reaktion als zentrales Bewegungsmoment der NS-Judenpolitik herausgearbeitet. Aly reduziert diesen Zusammenhang auf eine Regierungspolitik "von oben", vor allem auf eine staatliche Finanzpolitik, in der ausgerechnet das Reichsfinanzministerium zunehmend als zentrales Steuerungszentrum der NS-Herrschaft im Allgemeinen und der antijüdischen Politik im Besonderen erscheint.

2. Methodisch mutet dieser politikgeschichtliche Ansatz "von oben" umso erstaunlicher an, als Alys Argumentation eigentlich auf die deutsche Gesellschaft als Nutznießer der Judenverfolgung zielt. Als handelnde Subjekte kommen die Deutschen jedoch allenfalls in Gestalt "bewaffneter

Butterfahrer" vor, also der die besetzten Gebiete ausplündernden Soldaten. Ansonsten bleiben sie passive Rezipienten einer nationalsozialistischen "Gefälligkeitsdiktatur" und verharren im Zustand der "passiven Bestechung". Die Mobilisierung und Selbstmobilisierung der deutschen Gesellschaft kommen dabei entschieden zu kurz. Aly deutet diese in einem Eingangskapitel ("Der große Ruck") zwar an, zieht daraus im Hinblick auf seine Darstellung jedoch keine Konsequenzen. So hätte beispielsweise ein differenzierteres Bild der "Arisierung" anschaulich demonstrieren können, wie sich ideologische Vorgaben im NS-Staat mit gesellschaftlichen Interessen verschränkten, das hätte auch einen Einblick in Herrschaft als soziale Praxis geben können, die in Alys Buch weitgehend auf der Strecke bleibt. Seine Perspektive "von oben" lässt sich übrigens auch - wohl gegen die Absicht des Autors - exkulpiert verstehen, denn wie hätte sich eigentlich der gemeine Mann gegen die NS-Finanzpolitik zur Wehr setzen sollen?

3. Fast jeden Schritt der NS-Judenpolitik verknüpft Aly kausal mit ökonomischen Motiven, wobei diese stetig wechseln. Mal dient die Judenverfolgung der Kriegsfinanzierung, mal der Wohnraumbeschaffung, mal der Inflationsbekämpfung, mal der Gegenfinanzierung der Kontributionen an NS-Deutschland, mal der Versorgung der Wehrmacht. In der Tat kann kein Zweifel daran bestehen, dass materielle Motive bei der Implementierung des Holocaust von Bedeutung gewesen sind, und völlig zu Recht charakterisiert Aly den Holocaust als "Massenraubmord". Leider verortet er die ökonomisch-materiellen Aspekte außerhalb ihres ideologischen Gesamtzusammenhanges und fällt im Kern auf Thesen zurück, die er Anfang der Neunzigerjahre zur vermeintlichen "Ökonomie der Endlösung" vertreten hatte. Ideologie wird bei Aly zu einer Residualkategorie des Emotional-Irrationalen, die mit Begriffen wie "Rassenwahn" und "Judenhass" gefüllt wird. Bisweilen wird Ideologie aber auch mit bloßer Propaganda oder einem feststehenden Vernichtungsprogramm gleichgesetzt, während als eigentliche Antriebskräfte u. a. Ernährungsfragen und Lebensmittelraub, "ethnische Entflechtung" und Kontributionen ausgemacht werden. Hatten jedoch der Massenraubmord an sechs Millionen Juden oder das geplante "Absterben" von dreißig Millionen "Slawen" so gar nichts mit ideologischen Perspektiven der Täter und einer Grundhaltung zu tun, die Massenraubmord als legitimes Mittel der Politik ansah? Alys Behandlung ökonomisch-materieller Aspekte demonstriert nachdrücklich, dass jedes richtige Argument durch Einseitigkeit und Zuspitzung zu Tode geritten werden kann.

Bei aller Kritik und allen Problemen im Detail handelt es sich bei "Hitlers Volksstaat" dennoch um ein wichtiges, höchst beachtenswertes Buch. Aly gebührt das Verdienst, als Erster die vertrackte und höchst schwierige Materie der antijüdischen Enteignung im besetzten Europa und ihren Zusammenhang mit den Kontributionen an NS-Deutschland herausgearbeitet zu haben. Dies ist ein Erkenntnisfortschritt, der nachhaltige Wirkungen auf die zukünftige Forschung ausüben wird. Die Verinselung der Holocaust-Forschung auf den jeweiligen nationalen

Kontext ist bereits vielfach beklagt worden. Für das Thema der antijüdischen Enteignung hat Aly diese reduzierte Perspektive beispielhaft überwunden und den Blick auf Zusammenhänge gerichtet, die oft übersehen werden. Hier gelingen ihm immer punktgenaue Analysen und griffige Formulierungen. Selten zuvor ist das Wesen der NS-Finanzpolitik so eindringlich und prägnant beschrieben worden. Vor allem das Unterkapitel "Spekulative Politik" ist ein kleines sprachlich-analytisches Meisterstück. Selten zuvor ist die Frage nach den Bindekräften der NS-"Volksgemeinschaft" derart ins Zentrum einer Darstellung gerückt worden, auch wenn die gegebenen Antworten nicht ausreichen. Der hier vorgenommene Perspektivwechsel ist schon deswegen verdienstvoll, weil er ein wichtiges Korrektiv gegen das neue deutsche Opfer-Selbstbild darstellt, wie es in der anschwellenden Bücherflut zu den Themen Bombenkrieg, Vertreibung und Kriegskinder zum Ausdruck kommt.

Redaktionelle Betreuung: Winfried Süß / Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

**Empfohlene Zitierweise:**

Frank Bajohr: Rezension von: *Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M.: S. Fischer 2005*, in: **sehepunkte** 5 (2005), Nr. 7/8 [15.07.2005], URL: <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8194.html>>

Bitte setzen Sie beim Zitieren dieser Rezension hinter der URL-Angabe in runden Klammern das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse ein.

issn 1618-6168